

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 31. August 2022

§ 33

Motion Karl Stadler, Schwändi, und Unterzeichnende «Einführung CO₂-Management-System für den Kanton Glarus»

(Bericht Regierungsrat, 10.5.2022)

Franz Landolt, Näfels, Unterzeichner, beantragt die Überweisung der Motion. – Den Motionären geht es hauptsächlich um die Glaubwürdigkeit, Ernsthaftigkeit und das Gewicht, das man der langfristig sehr wichtigen Bekämpfung der Klimaveränderung schenkt. Eher hoffentlich kurzfristige Probleme wie die Energiekrise sollten dabei nicht vom Weg abbringen. Das langfristige Ziel ist im Auge zu behalten. Es braucht Massnahmen und dafür Gesetze, um auch gegenüber der bereits sensibilisierten Bevölkerung glaubwürdig zu bleiben. Eine solche Motion, Gesetze und Verordnungen haben kommunikativ ein ganz anderes Gewicht als eine Massnahme K2 in der Energieplanung, die vielleicht ein paar Messungen pro Jahr und eine Berichterstattung vorsieht. – Es geht um die Zukunft der heute lebenden Menschen, aber insbesondere auch um jene der Enkel. Und es geht darum, wie lebenswert der Kanton Glarus in Zukunft sein soll und dabei geht es hauptsächlich um Naturgefahren: Gletscher, die vor aller Augen dahinschmelzen, die trockenen Sommer, der sinkende Grundwasserspiegel, Hochwasser nach sintflutartigen Regenfällen, schmelzender Permafrost und damit verbundene Steinschlaggefahr in den Tälern. Man muss heute nicht auf einige Jahre hinaus denken. Wenn die Ziele längerfristig und gut kontrolliert verfolgt werden sollen, muss dieser Motion zugestimmt werden.

Sabine Steinmann, Oberurnen, Unterzeichnerin, votiert namens der SP-Fraktion für Zustimmung zum Antrag Landolt. – Die Ziele der abgelaufenen Energieplanung wurden bei Weitem verfehlt. Das soll nun besser werden. Die SP-Fraktion freut sich natürlich über die Unterstützung durch die SVP. Auch diese Partei wird erkennen, dass ein Bach im Winter nicht genügend Strom bringt und dass es ohne weitere Massnahmen nicht geht. Wie bereits beim Corona-Krisenmanagement will die SP-Fraktion bei dieser Krise von noch grösserem Ausmass, der Klima- und Energiekrise, nicht bloss Berichte zur Kenntnis nehmen. Die Energieplanung gibt Ziele vor: Bis 2050 ist der Kanton Glarus klimaneutral. Es ist definiert, wie stark die Reduktion von CO₂ in verschiedenen Bereichen bis 2035 ausfallen muss. Zwischenzeitlich ist zu kontrollieren, ob sich der Kanton Glarus auf dem richtigen Weg befindet. Wenn nicht, sind Massnahmen zu ergreifen. Das ist ein zielgerichtetes Vorgehen. Es macht die Energieplanung überprüfbar und fördert die erneuerbaren Energien, was im Sinne aller ist. So geht man vor, wenn man ein Ziel unbedingt erreichen möchte. Das ist hier der Fall. Deshalb ist die Motion zu unterstützen.

Fritz Waldvogel, Ennenda, unterstützt im Namen der Die-Mitte-/GLP-Fraktion den Antrag des Regierungsrates. – Der Regierungsrat zeigt auf, dass er mit der Massnahme K2 der Energieplanung 2035 das Anliegen aufgenommen hat. Es wird ja auch ausführlich festgehalten, dass aufgrund der Entwicklung und bei Bedarf zusätzliche Massnahmen ergriffen werden können, um die gesetzlichen Ziele zu erreichen. Der Regierungsrat erstattet also nicht nur Bericht. Der Regierungsrat soll die Arbeit auf diesem Weg erledigen können. Man muss ihm nicht immer ein Gesetz unter die Nase reiben.

Cinia Schriber, Mitlödi, spricht sich namens der Fraktion der Grünen / Jungen Grünen für Zustimmung zum Antrag Landolt aus. – Der Regierungsrat lehnt die Motion mit der Begründung ab, in der kantonalen Energieplanung 2035 sei mit der Massnahme K2 das geforderte CO₂-Management bereits abgedeckt. Nach Einschätzung der Fraktion der Grünen / Jungen Grünen ist das nicht der Fall. Die Motion verlangt vom Kanton einen konkreten Zielpfad, der sich am Ziel einer maximalen Erderwärmung um 1,5 Grad orientieren soll. Solch ein Zielpfad mit der entsprechenden Etappensetzung und konkreten Reduktionszielen ist in der kantonalen Energieplanung nicht aufgeführt. Der Regierungsrat sagt zudem, er könne die von der Motion geforderten obligatorischen Massnahmen unter Umständen nicht umsetzen; dann nämlich, wenn es Abhängigkeiten zu Bundesgesetzen gebe. Gemäss Motion ist der Regierungsrat aber frei in seiner Zielsetzung. Er kann Ziele deshalb so formulieren, dass er sie auch eigenmächtig erreichen kann. Die Fraktion der Grünen / Jungen Grünen bittet den Regierungsrat deshalb, dass er seine Ärmel hochkrepelt und sich auf das konzentriert, was unter seiner Kontrolle steht. Auf diese Art kann er nämlich nebst den Zielen die zu ergreifenden obligatorischen Massnahmen bei einer Nichterreichung der Ziele gleich auch noch formulieren.

Kaj Weibel, Mollis, unterstützt im Namen der Fraktion der Grünen / Jungen Grünen den Antrag Landolt. – Die Regierung verweist ihrer Stellungnahme insbesondere auf die Energieplanung 2035. Diese alleine und deren Umsetzung reichen aber nicht aus, um die gesamten Treibhausgas-Emissionen im Kanton Glarus bis spätestens 2050 auf netto null zu reduzieren. Der Fokus der Energieplanung liegt auf erneuerbaren Energien und energiebedingten CO₂-Emissionen. Aber nicht nur das CO₂ hat eine Wirkung auf das Klima. Der Treibhausgas-Ausstoss setzt sich auch noch aus anderen Quellen und Treibhausgasen zusammen. Darum umfassen die Klimaziele des Bundes nicht nur CO₂, sondern auch andere Treibhausgase. Das wäre im Glarnerland zum Beispiel der Lachgas-Ausstoss der Abwasserreinigungsanlage oder der Methan-Ausstoss in der Landwirtschaft. Man kann sich nicht nur auf die energiebedingten CO₂-Emissionen fokussieren und die anderen Sektoren einfach ausblenden. Auch in diesen Bereichen muss eine fundierte Datengrundlage geschaffen werden, damit man weiss, wo man steht und welche Massnahmen nötig sind, um das Ziel netto null bis spätestens 2050 überhaupt zu erreichen. Es braucht ein Managementsystem und die Annahme dieser Motion. Die anderen Treibhausgase können ganz einfach in CO₂-Äquivalente umgerechnet werden. Diese beschreiben die Wirkung von Treibhausgasen, umgerechnet in CO₂. So können die anderen Treibhausgase ganz einfach in ein CO₂-Managementsystem eingebettet werden. Damit man genau weiss, wie viele Treibhausgase die Kläranlage, aber eben auch die Landwirtschaft und andere Quellen im Kanton ausstossen, braucht es diese Motion und ein CO₂-Managementsystem, das nicht nur die energiebedingten CO₂-Emissionen berücksichtigt, sondern auch andere Treibhausgase aufnimmt. Allein mit der Reduktion der energiebedingten CO₂-Emissionen werden Ziele des Bundes nicht erreicht. Dem Klimaschutz, der erst kürzlich in die Verfassung aufgenommen wurde, wird man so nicht gerecht. Mit der vorliegenden Motion bestehen die Chance und der Spielraum, diese Lücke zu füllen und den Teppich für einen tatsächlich klimaneutralen Kanton Glarus auszurollen.

Emil Küng, Obstalden, nimmt Bezug auf das Votum von Landrätin Sabine Steinmann und deren Verweis auf die SVP. – Es ist unglaublich, wie widersprüchlich hier argumentiert wird. Heute wurde in einem Traktandum darüber geredet, wie man CO₂-arme Energie produzieren kann. Mehr braucht man dazu nicht zu sagen. Es braucht das CO₂-Management nicht, wenn man die CO₂-arme Energieproduktion zulässt.

Landesstatthalter *Kaspar Becker* beantragt Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Die Diskussion bereitet eigentlich Freude, denn im Grundsatz gibt es wohl eine relativ grosse Einigkeit: Es müssen Daten erfasst werden, um zu wissen, wie man unterwegs ist, ob die Ziele erreicht sind und welche Massnahme es noch braucht, um die Zielerreichung weiter voranzutreiben. Zumindest hat niemand gesagt, die Reduktion von CO₂-Emissionen sei nicht notwendig und es gebe keinen Handlungsbedarf. Bezüglich des Wegs zum Ziel gibt es offenbar noch eine Differenz zwischen den Motionären und dem Regierungsrat. Die abgelaufene Energieplanung war tatsächlich keine Erfolgsgeschichte. Deshalb hat der Regierungsrat in der neuen Energieplanung 2035 mit der Massnahme K2 ein Monitoring vorgesehen, auch wenn er dieses nicht «CO₂-Managementsystem» nennt. Diese Massnahme führt dazu, dass der Stand der Dinge jährlich überprüft wird. Der Regierungsrat ist beauftragt, jeweils geeignete Massnahmen zu bestimmen, wenn sich der Kanton nicht auf dem Zielpfad befindet. Der Regierungsrat kommt in der Abwägung zum Schluss, dass dies zielführender ist als das, was die Motionäre vorschlagen. Diese verlangen einen Bericht alle vier Jahre. Der Regierungsrat will hingegen eine jährliche Berichterstattung. Den Regierungsrat irritiert ausserdem, dass von obligatorischen Nachbesserungen bzw. Massnahmen gesprochen wird. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass situativ je nach Situation zielgerichtete Massnahmen besser sind als in einem Gesetz vorgeschriebene. Wenn man sich die momentan dynamische Entwicklung anschaut – im Energiebereich und im Klimabereich –, erscheint ein Gesetz, das vorschreibt, was man in vielleicht acht oder zwölf Jahren machen muss, als nicht sinnvoll. Denn unter Umständen schaut die Welt dann ein bisschen anders aus oder es gibt andere, neue Möglichkeiten. Deshalb kam der Regierungsrat zum Schluss, dass jährlich und flexibel besser ist als alle vier Jahre und fix.

Abstimmung: Der Antrag des Regierungsrates obsiegt über den Antrag Landolt mit 35 zu 18 Stimmen bei 1 Enthaltung. Die Motion ist abgelehnt.